

Wo die Bürger sparen würden

BaWü-Check: Bei Beamten, Klimaprojekten und Kultur soll der Rotstift angesetzt werden. Mehr Geld soll dagegen in Gesundheit, Bildung und an die Polizei fließen

VON ANGELIKA WOHLFROM
angelika.wohlfrom@suedkurier.de

Die Fastenzeit als Zeit des Verzichts nimmt der BaWü-Check, die Umfrageserie der baden-württembergischen Tageszeitungen in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie Allensbach (IfD), zum Anlass, nach dem Sparwillen der Bürger zu fragen. Baden-Württemberg hat nicht mehr so viel Geld zu verteilen, wie in den Jahren zuvor, vor allem, weil die Steuereinnahmen nicht mehr sprudeln. Das ist der Mehrheit auch bewusst – die finanzielle Lage des Landes wird kritischer eingestuft als vor einigen Jahren.

Trotzdem denkt nicht jeder ans Sparen, wie das IfD in der Umfrage herausarbeitet. Es gibt ja auch die Möglichkeit, Schulden zu machen – wenn da nicht die Schuldenbremse wäre. Tatsächlich ist die Bevölkerung der Auffassung, dass diese den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht wird. 50 Prozent stimmen dafür, die Ausgaben in bestimmten Bereichen zu erhöhen, auch wenn dies eine höhere Verschuldung bedeutet. Nur 36 Prozent halten dagegen und möchten, dass Baden-Württemberg an dem Ziel festhält, sich nicht verstärkt zu verschulden.

Die Bürger plädieren eher für Investitionen als für Einsparungen. Die große Mehrheit benennt beim BaWü-Check nämlich zahlreiche Bereiche, in die mehr investiert werden sollte, aber nur wenige, wo Einsparungen für möglich gehalten werden. Über 90 Prozent halten es für notwendig, dass der Staat mehr in Krankenhäuser und Sozialstationen investiert wie auch in die Ausstattung von Schulen. Zwischen 81 und 86 Prozent wünschen mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, die Ausstattung der Polizei und Kinderbetreuungseinrichtungen. Drei Viertel fordern auch mehr Investitionen in den Wohnungsbau und den öffentlichen Nahverkehr, 70 Prozent in öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Büchereien.

BaWü-Check
SÜDKURIER

Es gibt nur drei Bereiche, wo die Mehrheit Einsparungen befürwortet: lokale Klimaprojekte wie zum Beispiel der Ausbau von Radwegen, die Unterstützung von Sportvereinen und die Förderungen von Kultureinrichtungen wie Theater und Museen. Schon allein vom Volumen her machen diese Bereiche bei den staatlichen Ausgaben natürlich einen weitaus geringeren Anteil aus.

Auf kommunaler Ebene halten es die Bürger am ehesten für vertretbar, wenn Großveranstaltungen wie Stadtfeste abgesagt werden (35 Prozent), Ämter und Behörden ihre Öffnungszeiten einschränken (33 Prozent) und Theater geschlossen (25 Prozent) werden. Die geringste Unterstützung erhalten Vorschläge, die Betreuungskosten von Kindergärten und Kindertagesstätten einzuschränken, am öffentlichen Nahverkehr zu sparen und Schwimmbäder zu schließen.

Wenn es nicht um Angebote und Dienstleistungen geht, von denen die Bürger profitieren, sondern um strukturelle Maßnahmen wie die Zusammenlegung von Ministerien oder Landkreisen, ist die Unterstützung der Bürger deutlich größer. So halten es 62 Prozent für sinnvoll, den Landtag zu verkleinern, 60 Prozent sind für eine Zusammenlegung von Ministerien.

Breite Unterstützung findet der Vorschlag, die Besserstellung von Beamten abzuschaffen. Interessanterweise ist die Bewertung altersabhängig: Bei den unter 30-Jährigen halten sich die Befürworter und Gegner der Besserstellung von Beamten die Waage, während die 60-Jährigen und Älteren überdurchschnittlich für die Abschaffung dieser Besserstellung plädieren.



Weniger Abgeordnete im Landtag in Stuttgart? Die Bürger würden hier den Rotstift ansetzen. BILDER: DPA

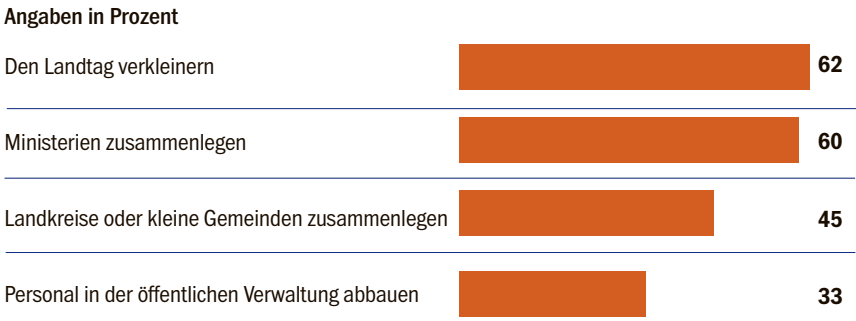


Oben: Klimaprojekte wie Radwege stehen tendenziell auf der Streichliste der Bürger. **Unten:** Beim Urlaub und bei Restaurantbesuchen schränken sich die Menschen in Baden-Württemberg heute schon ein.



Breitere Unterstützung für Strukturreformen

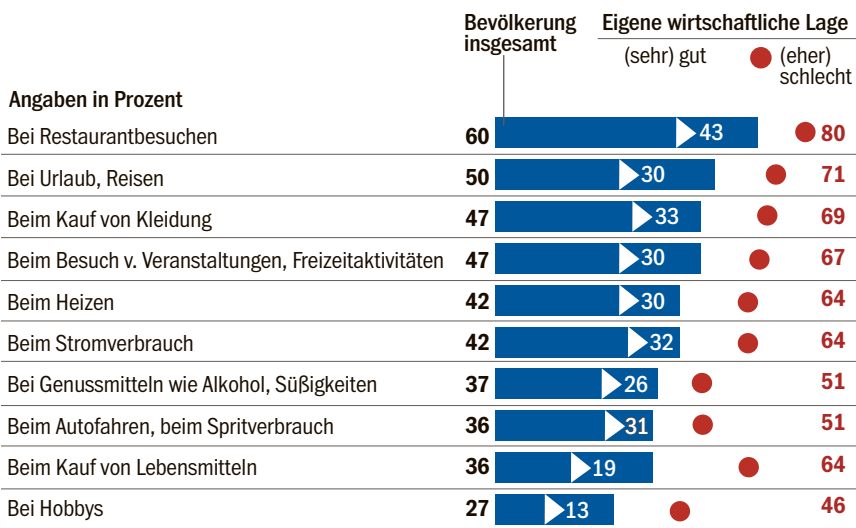
Frage: „Es gibt ja verschiedene Vorschläge, wie Baden-Württemberg in der Verwaltung bzw. bei der Bürokratie Geld einsparen kann. Welche der folgenden Maßnahmen halten Sie für sinnvoll?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
QUELLEN: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE 6184/IV / SÜDKURIER-GRAFIKEN

Wo sich die Bevölkerung einschränkt

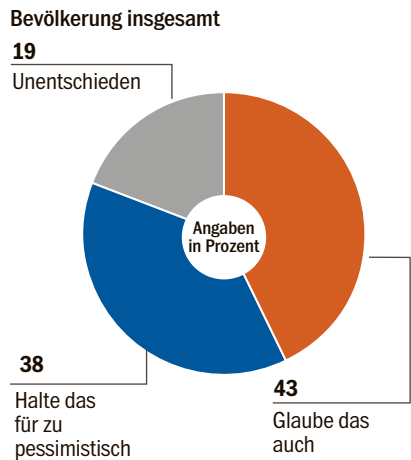
Frage: „Gibt es Bereiche, in denen Sie sich persönlich derzeit einschränken?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Zenit überschritten?

Frage: „Es gibt ja die These, dass Deutschland seinen Zenit überschritten und seine besten Jahre hinter sich habe. Glauben Sie das auch oder halten Sie das für zu pessimistisch?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Wo investieren, wo sparen?

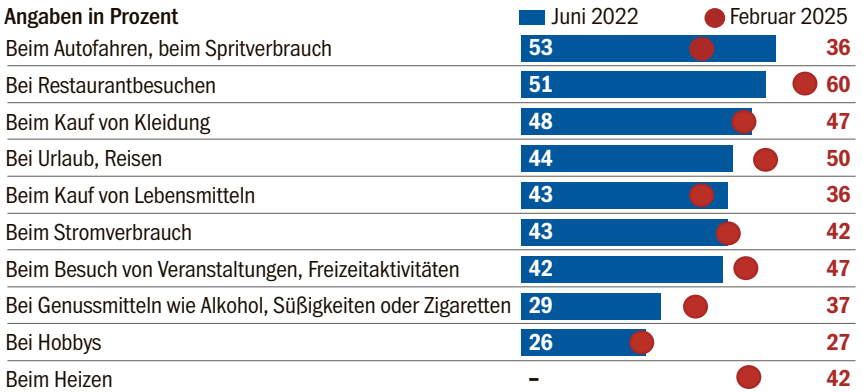
Frage: „Was meinen Sie: In welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg eher mehr Geld ausgeben, und in welchen Bereichen sollte Baden-Württemberg eher sparen?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Teilweise Verlagerung der Einschränkungen

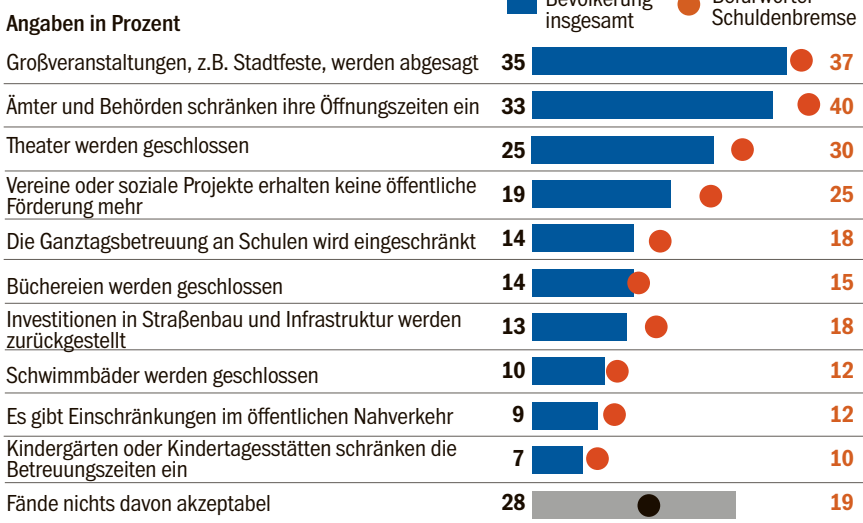
Frage: „Gibt es Bereiche, in denen Sie sich persönlich derzeit einschränken?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Wenig Unterstützung für Sparmaßnahmen vor Ort

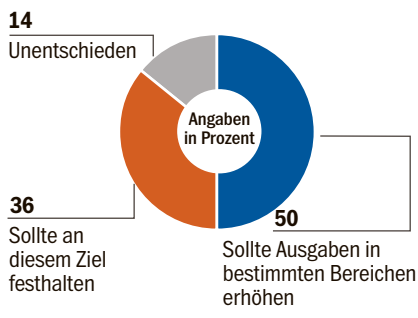
Frage: „Welche der folgenden Sparmaßnahmen fänden Sie bei Ihnen vor Ort, in der Region akzeptabel?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Mehrheit für begrenzte Neuverschuldung

Frage: „Baden-Württemberg hat sich dazu verpflichtet, keine neuen Schulden aufzunehmen. Sollte man Ihrer Meinung nach an diesem Ziel festhalten oder sollte Baden-Württemberg angesichts der aktuellen Herausforderungen seine Ausgaben in bestimmten Bereichen erhöhen, auch wenn dadurch die Verschuldung ansteigt?“



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre